

Sonja Wiesmann Schätzle  
Fraktion SP und Gewerkschaften  
Brunnenwiesenstrasse 18  
8556 Wigoltingen

EINGANG GR			
GRG Nr.			

**Einfache Anfrage**  
**„Axpo bezieht Uran aus Russland –**  
**Was unternimmt die Axpo um aus den Lieferverträgen auszuschwei-**  
**den?“**

Die Axpo bezieht für den Betrieb der Atomkraftwerke Beznau 1 und 2 hundert Prozent und für Leibstadt fünfzig Prozent russisches Uran. Damit finanziert die Axpo einen Staat mit, der einen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt. Der Kanton Thurgau steht als Miteigentümer in der Verantwortung, wie alle anderen Eigerkantone und Kantonswerke auch.

Der Uranabbau ist problematisch und erfordert bestimmte Bedingungen zum Schutz von Umwelt und Mensch. Das Energieunternehmen Alpiq bezieht seit einigen Jahren kein Uran mehr aus Russland, da die Umstände des dortigen Uranabbaus zu wenig transparent sind, wie dies die Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen seit Jahren kritisieren. Die Uranproduktion ist Teil des russischen Waffenprogramms. Alpiq zeigt, dass es möglich wäre, Uran auch aus anderen Ländern zu beziehen.

Uran macht die Schweiz zu hundert Prozent abhängig vom Ausland.

Die einzig richtige Alternative zum Uranabbau und Betrieb von Atomkraftwerken ist der Ausbau heimischer Nutzung von erneuerbaren Energien und die nötigen Investitionen zu tätigen.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um Beantwortung folgender Frage:

1. Steht der Regierungsrat im Austausch mit der EKT und dem entsandten Axpo-Verwaltungsrat, um den Bezug von Brennstäben von Rosatom durch die Axpo möglichst schnell zu beenden?
2. Setzt sich der Thurgauer Vertreter beim Axpo-Verwaltungsrat dafür ein, den Grundsatzentscheid zu fällen, jede Form der Zusammenarbeit mit Russland und die Geschäftsbeziehungen zu sistieren, längerfristig zu stoppen und eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten wie Kanada zu suchen?

Besten Dank für die Beantwortung der Fragen.

Wigoltingen, 14.04.2022

Im Namen der Fraktion SP und Gewerkschaften